

<http://www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-olpe-wenden-und-drolshagen/ferienheim-als-massenunterkunft-ungeeignet-aimp-id10213362.html>

Ferienheim als Massenunterkunft ungeeignet

08.01.2015 | 00:11 Uhr

Für eine dezentrale, menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen will sich die am 3. Januar gegründete Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“ (HFO) einsetzen. Deshalb sei man auch gegen jede Form von Massenunterkunft wie sie die Stadtverwaltung für das Regenbogenland am Olper Kreuzberg plane (wir berichteten).

Der Vorstand der noch jungen BI -Wolfgang Maasjost, Peter Kliche, Ansgar Clemens, Christian Hose und Reiner Löcker - stand gestern zusammen mit Jutta Clemens und Regine Hose (beide Gründungsmitglieder) Rede und Antwort. Im Vorfeld hatten sie sich bei Bürgermeister Horst Müller über die Idee, das Regenbogenland zu einer sogenannten Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) zu machen, informiert und waren erschrocken über die einseitige Sichtweise der Stadt. „Es stört uns, dass immer nur über Geld geredet wird“, fasste Peter Kliche den Eindruck in Worte.

Wenn man bis zu 500 Flüchtlinge im Regenbogenland unterbringen wolle, das als Kolpingferienheim für bis zu 185 Gäste ausgerichtet sei, müsse man sich nicht nur fragen lassen, wie denn Integration unter diesen Vorzeichen gelingen solle, zumal die Flüchtlinge nur Wochen, maximal aber drei Monate vor Ort blieben. Man müsse sich auch Gedanken machen über die Verpflegung der Menschen, die hygienischen Bedingungen, die Betreuung.

Es reiche nicht, nur darüber nachzudenken, die Immobilie, die die Stadt kaufen wolle, ans Land als ZUE zu vermieten, um so die Refinanzierung des Gebäudes sicherzustellen. Studien hätten ergeben, dass mit der Größe einer solchen Einrichtung das Gewaltpotenzial steige. Außerdem müsse man sich die Zahlen vor Augen halten. Immerhin könnten bei der hohen Fluktuation an Flüchtlingen bis zu 11 000 Menschen im Jahr im Regenbogenland Zuflucht finden - mit allen Konsequenzen für Tourismus, Besucher und Mitglieder der Sportanlagen auf dem Kreuzberg, die Attraktivität der geplanten Wohn- und Geschäftsviertel am Bahnhof, Kindergärten und Schulen.

Grundsätzlich sei eine dezentrale Unterbringung die bessere Lösung. Das diene dem sozialen Frieden, sei humaner und kostengünstiger. Man könne auf die Erfahrungen heimischer Organisationen und Verbände in der Flüchtlingsbetreuung zurück greifen und ehrenamtliches Engagement nutzen. Außerdem könne mit gut ausgebildeten Flüchtlingen der Fachkräftemangel und der demografische Wandel positiv beeinflusst

werden.

Auch eine Unterbringung von - deutlich weniger - Flüchtlingen im Regenbogenland kann man sich vorstellen, dann aber in einzelnen Wohneinheiten.

Die BI will auf jeden Fall eine vorschnelle politische Entscheidung verhindern, denn davon sei die ganze Stadt betroffen und nicht nur die Anlieger. Deshalb will man den Kontakt mit Politikern suchen und in einer Bürgerversammlung informieren - sachlich und nicht emotional, wie gestern betont wurde.

Erste Infos finden Interessierte unter www.hf-olpe.de

Herbert Kranz